

Ausschuss für Inneres und Sport

(19. - teilweise öffentliche - Sitzung am 5. Juni 2018)

Beratungsthemen:

1. **Beschlussfassung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Vorgängen betreffend die Personalien Härke und Herbert bei der Landeshauptstadt Hannover**

Der Ausschuss beschloss einstimmig, die Landesregierung um eine Unterrichtung zu bitten. Anschließend nahm er die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Der Ausschuss nahm in Aussicht, die Unterrichtung in seiner Sitzung am 14. Juni 2018 fortzusetzen.

2. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die Feiertage (NFeiertagsG)**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/39](#)

Der - federführende - Ausschuss schloss die Beratung ab und behandelte in diesem Zusammenhang eine Eingabe. Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 15) anzunehmen.

Zustimmung: CDU, SPD, FDP, AfD

Ablehnung: -

Enthaltung: GRÜNE

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Ulrich Watermann (SPD)

3. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die Feiertage**

Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/827](#)

dazu: Änderungsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/898](#)

Der - federführende - Ausschuss schloss die Beratung ab und behandelte in diesem Zusammenhang mehrere Eingaben.

Er empfahl dem Landtag gegen die Stimme des Ausschussmitgliedes der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Änderungsantrag in der [Drs. 18/898](#) abzulehnen.

Er empfahl dem Landtag vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf in der [Drs. 18/827](#) mit Änderungen (Vorlage 40) anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU (fünf Ausschussmitglieder), AfD

Ablehnung: GRÜNE, FDP

Enthaltung: CDU (ein Ausschussmitglied)

Berichterstattung (schriftlicher Bericht): Ulrich Watermann (SPD)

4. **Die Große Koalition stellt die Weichen für moderne, starke und gut ausgerüstete Sicherheitsbehörden**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/35](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. Er empfahl dem Landtag, den Antrag unverändert anzunehmen.

Zustimmung: SPD, CDU, AfD

Ablehnung: FDP, GRÜNE

Enthaltung: -

5. **Unterrichtung durch die Landesregierung zu den Vorgängen um den Angriff auf das Haus eines Polizisten im Landkreis Lüchow-Dannenberg**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung - zum Teil in **vertraulicher Sitzung** - entgegen und führte darüber eine Aussprache. Der Ausschuss nahm in Aussicht, die Unterrichtung in seiner Sitzung am 14. Juni 2018 fortzusetzen.

6. **Konsequenzen aus Fall Shahroudi ziehen - Visapraaxis verbessern - Völkerstrafgesetzbuch und Strafprozessordnung anpassen**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/967](#)

Die antragstellende Fraktion kündigte an, die Präsidentin zu bitten, den Antrag federführend dem Ausschuss für Rechts- und Verfassungsfragen zu überweisen und gegebenenfalls den Ausschuss für Inneres und Sport als mitberatend zu bestimmen.

7. **Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes und anderer Gesetze**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP - [Drs. 18/154](#)

Der Ausschuss führte zu dem Gesetzentwurf eine Anhörung durch. Angehört wurden:

- Arbeitsgemeinschaft der kommunalen Spitzenverbände Niedersachsens
- Deutscher Mieterbund Niedersachsen-Bremen e. V.
- Verband Wohneigentum Niedersachsen e. V.
- Haus & Grund Niedersachsen
- Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen e. V.
- Aktionsbündnis Soziale Kommunalabgaben - BI Soziale Straßen Sanierung (ASK-BISSS n. e. V.)
- Landvolk Niedersachsen - Landesbauernverband e. V.

Außerhalb der Tagesordnung

Entwurf eines Reformgesetzes zur Änderung des Niedersächsischen Gesetzes über die öffentliche Sicherheit und Ordnung und anderer Gesetze

Gesetzentwurf der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/850](#)

Für ein Niedersächsisches Gefahrenabwehrgesetz ohne Symbolpolitik und Generalverdacht

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/828](#)

Der **Ausschuss** hatte in seiner 16. Sitzung am 24. Mai 2018 entschieden, eine gemeinsame Anhörung zu diesen Beratungsgegenständen vorzusehen. Er einigte sich über den Kreis der Anzuhörenden.